

## Die Eroberung endete 1948

Als wir uns während des Sechstagekrieges im Juni 1967 dem Suezkanal näherten, fragte ich einen hochrangigen Reserveoffizier, was in der Westbank gerade passierte. Und der Mann, später ein führendes Mitglied der radikalen zionistischen Linken, antwortete: «Der Befreiungskrieg wird zu Ende geführt.» Dies war damals die vorherrschende Meinung in Israel und ist bis heute die Legitimationsgrundlage für die Besatzung der 1967 eroberten Gebiete und die dortigen israelischen Siedlungen.

Der Zionismus hatte gemäß seiner Definition das Ziel, das Land Palästina zu erobern und zu besiedeln. Das war das Gebot der Stunde: Der Zionismus war eine Notwendigkeit, eine unvermeidliche Folge der Krise des Liberalismus und des Aufstiegs des radikalen Nationalismus in Europa. In Westeuropa standen die 1890er Jahre im Zeichen eines Generalangriffs auf das Erbe der Aufklärung, auf die politische und rechtliche Definition der Nation und auf den autonomen Status und die Menschenrechte des Individuums. Da das Schicksal der Juden seit der Französischen Revolution an dem der liberalen Werte hing, begriffen die ersten Zionisten: Wenn sich in Frankreich eine Krise entwickelte, die die Demokratie und die Menschenrechte infrage stellte, so verhiess das nichts Gutes für die Zukunft der Juden, sowohl in Ost- als auch in Westeuropa.

Mehr als 100 Jahre zuvor, in der Mitte des 18. Jahrhunderts, hatten sich zwei Konzeptionen von Nation entwickelt: zum einen die der Aufklärung, die in der französischen «Encyclopédie» zum Ausdruck kam und die Nation als eine Ansammlung von Individuen definierte, die unter einer Regierung und innerhalb der Grenzen eines Landes leben; und zum anderen die Konzeption, die die Nation als einen historisch gewachsenen Organismus begriff, wobei die Beziehung zwischen der Nation und den Individuen wie das Verhältnis zwischen Baum und Blättern verstanden wurde: Das Blatt existiert dank des Baumes, der Baum ist also mehr wert, ihm gebührt der Vorrang vor dem Blatt.

Im 19. Jahrhundert wurde dann die Konzeption der Nation als Gesamtheit der Staatsbürger allmählich ausgehöhlt; kurz vor der Jahrhundertwende lieferte die Dreyfus-Affäre den Zionisten den Beweis für den Ernst der Krise und die Notwendigkeit, umgehend praktische Schlussfolgerungen zu ziehen. Gleichzeitig verbreitete sich in Ost- und Mitteleuropa immer stärker die Konzeption der Nation als Organismus mit einzigartigen ethnischen, historischen, religiösen und später auch

rassischen Merkmalen und einer darauf basierenden spezifischen kollektiven Identität. Dort war der Nationalismus die Kraft, die Nationen von Fremdherrschaft befreite, ohne die Autonomie und den wertemäßigen Vorrang des Individuums vor der Gemeinschaft zu garantieren.

Eine solche Konzeption verpflichtete jede Generation, ihr einzigartiges kulturelles Erbe mit aller Macht zu verteidigen, es ganz abzuschotten und jede Vermischung mit anderen Kulturen zu vermeiden. Sie verbreitete sich schließlich auch im Westen. Bald stellte sich heraus, dass die Demokratisierung des politischen Lebens, die Ausweitung schulischer Bildung auf große Teile der Bevölkerung, deren Eltern nicht lesen und schreiben konnten, und die Verbesserung der Lebensbedingungen weder dem Liberalismus noch dem Sozialismus dienten, sondern dem radikalen Nationalismus. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und die massenhafte Verbreitung von Zeitungen förderten kulturelle Exklusivität, nicht humanistische Werte.

Theodor Herzl sah diese Prozesse als ein globales Phänomen, und deshalb wandte er sich dem Zionismus zu: Massenauswanderung aus dem Osteuropa der Pogrome nach Übersee konnte in seinen Augen nur eine vorübergehende, teilweise Lösung sein. Die wirkliche Lösung bestand für ihn in der Organisation der Juden in einem Nationalstaat von der Art, den alle Völker Mittel- und Osteuropas anstrebten, die damals noch unter der Herrschaft multinationaler Imperien lebten. Von der sie umgebenden Gesellschaft lernten die ersten Zionisten, dass nur ein Nationalstaat Juden ihre Existenz und Sicherheit garantieren kann.

## Mythos versus Ratio

Von Anfang an war die jüdische Nationalbewegung geprägt von dem grundlegenden Charakter ihrer Ursprungsregion in Mittel- und Osteuropa: einer stammesmäßigen nationalen Identität, die von Geschichte, Kultur, Religion und Sprache bestimmt ist. Eine Identität, in der nicht der Einzelne sich selbst definiert, sondern von der Geschichte definiert wird. Das Konzept der Staatsbürgerschaft, das es im westlichen Nationalismus gab, zählte in Galizien, in der Ukraine oder in Weißrussland nicht. Und auch nicht für die dortigen Juden. Zionisten konnten aufhören, die religiösen Gebote einzuhalten, und sich von der Religion im Sinne eines metaphysischen Glaubens lösen, aber sie vermochten es nicht, sich aus dem geschichtlichen Kontext und von ihrer historischen Identität zu lösen, in deren Mittelpunkt die Religion steht.

Das zeigte sich auch im zionistischen Gemeinwesen in Palästina: Privat konnten sich Zionisten über alle religiösen Gebote hinwegsetzen, aber nicht im öffentlichen Leben. Seit ihrer Gründung war Tel Aviv eine jüdische Stadt, am Sabbat geschlossen; im ganzen Land hielten die Kantinen der Histadrut und der Arbeiterbewegung die jüdischen Speisegesetze strikt ein, obwohl die überwiegende Mehrheit ihrer Kunden völlig säkular war. Berl Katznelson, eine führende Persönlichkeit der zionistischen Arbeiterbewegung, züchtigte die Anführer der Arbeiterjugend mit der Peitsche, weil sie es gewagt hatten, ihr Sommerlager an Tischa beAv zu eröffnen, dem

jüdischen Fasten- und Trauertag, an dem der Zerstörung des Tempels gedacht wird.

Obwohl jeder aus eigener Erfahrung wusste, dass der Grund für die Eroberung und Besiedlung des Landes Palästina die katastrophale Situation der Juden in Osteuropa seit Ende des 19. Jahrhunderts war, bedurfte die existenzielle Notwendigkeit eines ideologischen Deckmantels – und deshalb erhielt die Eroberung des Landes eine historische Legitimation. Es waren nicht religiöse Menschen, die die Ideologie der Rückkehr in das Land der Erzväter entwickelten, sondern säkulare Nationalisten. Für sie, wie für alle radikalen Nationalbewegungen, diente die Religion – ohne ihren metaphysischen Inhalt – als soziales Bindemittel und war nicht mehr als ein erforderliches Instrument zur Formung der Nation. Die Geschichte ging der rationalen Entscheidung voraus, und es war die Geschichte, die die kollektive Identität formte.

In Bezug auf das Festhalten an der jüdischen Identität gab es keinen Unterschied zwischen der Arbeiterbewegung in all ihren Facetten und der kleinbürgerlichen Mitte der Allgemeinen Zionisten[1] oder der revisionistischen Rechten[2]. Nüchterne Menschen wie David Ben-Gurion und Zeev Jabotinsky wussten sehr genau, dass sie den Mythos von einem in der Bibel verankerten geschichtlichen Besitzrecht und der historischen Kontinuität kultivierten, weil es viel effektiver ist, Menschen mithilfe eines Mythos zu mobilisieren als mit der Kraft des Verstands.

Der Mythos vom historischen Recht – für A. D. Gordon, eine führende Persönlichkeit der säkularen zionistischen Bewegung, war die Bibel unsere Eigentumsurkunde für das Land – war notwendig, um das Korps der zionistischen Pioniere zu schaffen: Die Errichtung eines Kibbuz – jene wunderbare und weltweit bewunderte Erfindung – in der Nähe der Quelle Harod, die im «Buch der Richter» als Lager erwähnt wird, von dem aus die Israeliten die Midianiter besiegten, wurde so unweigerlich als direkte Fortsetzung jener biblischen Schlacht gesehen. In der jüdischen Welt wurde der Mythos von jungen Menschen getragen, die in Pionierjugendbewegungen organisiert waren. Nur an ihnen war Ben-Gurion interessiert, als er sich 1933 in Polen im Rahmen der berühmten Wahlkampagne vor dem 18. Zionistischen Kongress aufhielt, an dessen Ende die von ihm geführte Partei, Mapai, zur dominanten Kraft in der Zionistischen Weltorganisation geworden war. Die Millionen von Juden, die aus Altersgründen keine Kandidaten für die Einwanderung nach Palästina waren, interessierten ihn nicht. So war es auch nach dem Holocaust: Der spätere Ministerpräsident des zu schaffenden Staates sah in den Flüchtlingslagern lediglich die jungen Menschen, die Pioniere werden konnten.

## Eroberung wird Staaträson

Es ist wahr: Die Juden brauchten mehr als jedes andere Volk im 20. Jahrhundert einen Staat. Selbst Hannah Arendt, die sich in ihrer postzionistischen Phase ganz von Israel distanzierte,

schrieb, dass Menschenrechte wertlos sind, wenn sie nicht in nationale Rechte übersetzt und durch einen Staat geschützt werden, und dass die Existenz Israels dies beweise. In der Tat brauchen Menschenrechte, diese wunderbare abstrakte Erfindung der Aufklärung, eine politische Verankerung. So war der Zionismus eine politische und kulturelle Revolution, aber keine soziale. Die Arbeiterbewegung, einschließlich HaSchomer HaTza'ir, bildete die wirtschaftliche und militärische Basis für den Krieg gegen die Araber und für die Erlangung der Unabhängigkeit, aber außerhalb des Kibbuz hatte sie kein wirkliches Programm für sozialen Wandel. Die politische Führung des Jischuw konzentrierte sich auf ihr Hauptziel, die Gründung des jüdischen Staates. Es war eine riesige Aufgabe, die Einheit und Arbeitsteilung zwischen den Arbeitern und der Mittelschicht erforderte, wobei die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung hingenommen werden musste. Somit wurde trotz des Geredes über Sozialismus – ein weiterer Mythos zum Zwecke der Rekrutierung – wenig getan, um Gleichheit im Jischuw zu schaffen. Der Kibbuz wurde von allen bewundert, und bis zum Ende der 1970er Jahre bereicherte er die kulturelle, politische und militärische Elite, aber er diente nicht als Vorbild zur Nachahmung in der Stadt, sondern blieb Außenposten der Armee zur Eroberung des Landes. Der Zionismus wusste das Land zu erobern und zu besiedeln und die arabische Schwäche sowie die Unfähigkeit der Palästinenser, wirksamen Widerstand zu organisieren, voll auszunutzen. Der Holocaust verwandelte das zionistische Projekt in ein globales – in eine Schuld, die dem jüdischen Volk geschuldet wird. Vor diesem Hintergrund wurde der Unabhängigkeitskrieg geführt.

Am Ende des Krieges wurde deutlich, wie sehr der Jischuw zum Opfer seines eigenen Erfolges geworden war: In seinem Verhalten folgte der neugegründete Staat genau seinem Vorläufer, dem Jischuw; die Staatsgründung war kein Wendepunkt, kein Beginn einer neuen Ära. Das war Israels größte Schwäche und ist bis heute eine Quelle unserer Misere: Die Gemeinschaft aller *Staatsbürger*, die notwendigerweise die Araber miteinschließt, die sich noch innerhalb der Staatsgrenzen aufhielten, wurde unendlich viel geringer geschätzt als die religiös-nationale jüdische Gemeinschaft. Die Unabhängigkeitserklärung hatte keine rechtliche oder moralische Kraft; sie war ein PR-Dokument, das sich an die internationale öffentliche Meinung und die Staaten wandte, die nur wenige Monate zuvor in den Vereinten Nationen für die Errichtung von zwei Staaten in Palästina gestimmt hatten. Das israelische demokratische System verhinderte nicht, dass die Staatsgründer die Araber bis 1966 unter Militärherrschaft stellten und ihre Menschenrechte negierten. Das geschah nicht aus Gründen der Sicherheit, sondern war nur eine psychologische Notwendigkeit: einerseits, um die Araber zu lehren, wer die Herren des Landes sind, und andererseits, um den Ausnahmezustand aus der Zeit des Jischuws aufrechtzuerhalten.

Die meisten Israelis verstanden nicht – und einige wollten es nicht verstehen –, dass das Provisorium beendet werden muss: Was vor 1949 richtig, gerecht und notwendig gewesen war, war nicht mehr richtig nach dem Unabhängigkeitskrieg. Die Eroberung des Landes Palästina war notwendig gewesen, und die Auffassung, dass es generell umso besser sei, je weniger Araber sich im jüdischen Staat befinden, war im Kontext des Existenzkrieges, der damals geführt wurde, verständlich. Aber nach dem Sieg und nach der Öffnung des Landes für die massenhafte Einwanderung von Juden hätte eine neue Ära beginnen müssen. Deren nachdrücklichstes Symbol

wäre eine Verfassung gewesen, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung versprochen worden war; dies hätte eine demokratische Verfassung sein müssen, auf der Grundlage der Menschenrechte, in der die Gesamtheit der Staatsbürger im Mittelpunkt des sozialen und politischen Lebens steht und nicht eine spezifische ethnische oder religiöse Gemeinschaft.

Eine solche Verfassung hätte zum Ausdruck gebracht, dass ein völlig neues Kapitel in der jüdischen Geschichte in dem Moment beginnt, in dem Juden, zusammen mit Nichtjuden, zu Staatsbürgern in ihrem eigenen Staat werden. Selbstverständlich hätte eine Verfassung die Notstandsverordnungen aufgehoben, die Gewaltenteilung eingeführt, die Formen der Kontrolle über die Exekutive festgelegt, deren Handlungsfreiheit dadurch eingeschränkt worden wäre – alles Dinge, denen Ben-Gurion niemals zugestimmt hätte. Vor allem aber hätte eine Verfassung die Grenzen des Landes festgeschrieben, wie sie am Ende des Krieges von 1948 bestanden. Israel hat keine dauerhaften Grenzen und keine Verfassung, weil die Gründer das nicht wollten: Sie hielten sich so alle Optionen offen, auch diejenigen, die sich im Sechstagekrieg im Juni 1967 eröffneten.

## Wie eine reife Frucht

Wie der Jischuw verstand es auch der Staat, Gebiete zu erobern und sie zu besiedeln, die Wirtschaft aufzubauen und für ihre Entwicklung zu sorgen, ein Heer aufzustellen und Kriege zu führen. Im Sechstagekrieg fielen uns Gebiete wie eine reife Frucht in die Hände, die weniger als 20 Jahre zuvor unerreichbar gewesen waren. Da nichts endgültig war, gab es für die herrschende Elite der Arbeiterbewegung keinen Grund, den bislang so erfolgreichen Weg zu verlassen. Welche Bedeutung hatte schon die Grüne Linie für sie? War sie nicht lediglich eine zufällige Momentaufnahme einer Situation, die am Ende der Kämpfe im Jahre 1949 bestand? Hätten nur einige Tausend junge Pioniere mehr Polen vor dem Ausbruch des Weltkrieges verlassen können, hätte es nur noch zwei weitere Palmach-Divisionen gegeben, dann hätten die in der Westbank gelegenen Städte Hebron und Jenin, Ramallah und Nablus dasselbe Schicksal geteilt wie Ramla und Lod<sup>[3]</sup>, Jaffa und Tiberias, die bereits im Krieg von 1948 erobert wurden.

Warum war die Eroberung und Besiedlung von Galiläa legitim, während die Eroberung und Besiedlung der Westbank dies nicht ist? Warum war die Vertreibung von Bauern in der Jesreelebene, auf deren Land die Kibbuzim Merhavia und Mizra errichtet wurden, angemessen, während das Jordantal und das Gebirge im Osten der Westbank den Arabern belassen werden soll? In den 1980er Jahren hörte ich Ya'akov Hazan, ein führendes Mitglied des HaSchomer HaTza'ir, sich über diejenigen beschweren, die es wagten, die Rechte eines 30-jährigen Volkes – gemeint waren die Palästinenser – mit denen eines 3.000 Jahre alten Volkes zu vergleichen. Die „Groß-Israel“-Bewegung wurde angeführt von der Kibbuz-Bewegung und prominenten

Intellektuellen. Ich hörte den Stabschef Moshe Dayan, den späteren israelischen Verteidigungs- und Außenminister, vor Panzeroffizieren erklären, die am Jordan stationierten Panzer würden sich nur vorwärts, aber niemals mehr zurückbewegen.

## Der Imperativ der Vernunft

Seitdem sind fast 50 Jahre vergangen und die jüdische Nationalbewegung befindet sich in einer Sackgasse. Auch heute ist die linke Mitte, die die intellektuelle Unfähigkeit der Arbeiterpartei geerbt hat, nicht in der Lage, eine ideologische Alternative zu den Siedlungen zu bieten. Welches Knesset-Mitglied des Zionistischen Lagers (ganz zu schweigen von Jesch Atid) wäre bereit, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach das, was bis zum Unabhängigkeitskrieg legitim, weil notwendig war, nach dem Sieg aufgehört hat, es zu sein? Wer würde erklären, dass deswegen die Siedlungen nicht nur illegal, sondern auch illegitim und unmoralisch sind, und keiner wertemäßigen Überprüfung standhalten, weil sie unnötig sind und keinen Beitrag zur Zukunft des jüdischen Volkes leisten?

Und wer von ihnen wäre bereit, konkret daran zu arbeiten, diese tödliche Zeitbombe zu entschärfen? Wer von ihnen würde die liberale Position für sich reklamieren, wonach die historischen Rechte des jüdischen Volkes auf das Land Israel keinen Vorrang vor den Menschenrechten der Palästinenser haben und deshalb das Land gerecht geteilt werden muss? Und wer nähme es auf sich zu sagen, dass der jüdische Staat nicht in der Bibel verankert ist, sondern ebenfalls in dem Naturrecht der Menschen, ihr eigener Herr zu sein, und dass dieses Recht universell ist und daher auch für die Palästinenser gilt?

Es ist an der Zeit, endlich zu erkennen, dass der Schlüssel für die Zukunft nicht in der Geschichte liegt und dass die Offenbarung am Sinai die Verhaltensnormen eines Stammes bestimmen kann, aber nicht die einer liberalen, offenen Gesellschaft, die die Menschenrechte achtet.

Nur die Vernunft kann den Weg weisen. Und die Vernunft lehrt uns anzuerkennen, dass das Projekt der Eroberung 1948 endete, und dass die Teilung des Landes, die am Ende des Unabhängigkeitskrieges erreicht wurde, endgültig ist. Nur auf dieser Grundlage können wir die Zukunft gestalten. Wer nicht anerkennt, dass der Zionismus die Befreiung eines Volk zum Ziel hatte und nicht die Befreiung heiliger Steine – ein rationaler politischer Akt war und kein messianischer Ausbruch –, wird Israel zum Verfall, wenn nicht gar dem Untergang verurteilen. Damit ein Mitte-links-Block eine Chance haben kann, die Gesellschaft zu führen, muss er um eine explizite Entscheidung herum geformt werden, nämlich dass Israel keine Gebietsansprüche jenseits der Grünen Linie hat.

Ein solcher Ansatz erfordert natürlich Symmetrie und die Gegenseitigkeit vonseiten der Palästinenser. Die Grüne Linie ist die endgültige Grenze, und es wird daher weder jüdische Siedlungen in der Westbank geben noch eine Rückkehr von Palästinensern in das Staatsgebiet Israels. Grenzmodifikationen sind möglich als Gegenstand von Verhandlungen über Frieden und Landtausch, aber sie sind nicht der entscheidende Grundsatz.

Die Besetzung ist der Grund für den Krieg mit den Palästinensern. Solange die jüdische Gesellschaft die Gleichberechtigung des anderen Volkes, das im Land lebt, nicht anerkennt, wird sie immer tiefer in der kolonialen Realität und der offenen Apartheid versinken, die in den besetzten Gebieten bereits existiert, und wird sich destruktiven Illusionen hingeben, wie der eines «vereinigten Jerusalems».

Der klassische Zionismus hatte sich zum Ziel gesetzt, eine Heimat für das jüdische Volk zu schaffen. Zwischen dem Unabhängigkeitskrieg und dem Sechstagekrieg hat es sich gezeigt, dass alle zionistischen Ziele innerhalb der Grünen Linie verwirklicht werden können. Israel hat sich nach 1967 in der Besetzung verstrickt, weil es sich nicht aus den Fesseln der Vergangenheit zu befreien vermochte: Die Rückkehr in das Land der Könige, Richter und Propheten hat einem großen Teil der israelischen Gesellschaft den Kopf verdreht. Die Gier nach Land auf den Golanhöhen tat das Ihre in der Siedlerbewegung. Der Erfolg wurde zu einer untragbaren Belastung. Daher ist es heute die wichtigste Frage, ob die israelische Gesellschaft immer noch die Fähigkeit besitzt, sich neu zu erfinden und den Krieg mit den Palästinensern aus eigener Kraft zu beenden.

**Zeev Sternhell**, 1935 in Polen geboren und 1951 nach Israel emigriert, ist emeritierter Léon-Blum-Professor für Politikwissenschaften an der Hebräischen Universität Jerusalem. International bekannt geworden ist er durch seine Forschungen zum Faschismus. Sternhell ist Mitglied der American Academy of Arts and Sciences und der Israelischen Akademie der Natur- und Geisteswissenschaften, Träger des «Chevalier de l'Ordre des Arts et des Lettres», des Israel-Preises und «Commandeur des Palmes Académiques». Unter seinen zahlreichen Veröffentlichungen ist «Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini» (Hamburg: Hamburger Edition 1999) auf Deutsch erschienen.

Sternhell schreibt regelmäßig politische Kolumnen in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* und ist als scharfer Kritiker der israelischen Siedlungspolitik zu einer Zielscheibe des Hasses der extremen politischen Rechten in Israel geworden. Im Jahr 2008 verübte ein jüdischer Siedler auf Sternhell vor dessen Wohnhaus in Jerusalem einen Bombenanschlag, den Sternhell leicht verletzt überlebte.

*(Übersetzt von Ursula Wokoek Wollin)*

## **Weiterführende Literatur:**

- Hagemann, Steffen: Die Siedlerbewegung. Fundamentalismus in Israel, Schwalbach am Taunus 2010
- Hass, Amira: GazaTage und Nächte in einem besetzten Land, München CH-Beck, 2003
- Krämer, Gudrun: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, 5., durchges. Aufl., München: Beck 2006.
- Kimmerling, Baruch: The Invention and Decline of Israeliness. State, Society, and the Military, Berkeley: University of California Press 2005.
- Metzger, Jan/Orth, Martin/Sterzing, Christian: Das ist unser Land. Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung, Bornheim-Merten: Lamuv 1980.
- Sand, Shlomo: Die Erfindung des Landes Israel: Mythos und Wahrheit, Berlin 2014
- Segev, Tom: Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, München 2010
- Segev, Tom: 1967, Israels zweite Geburt
- Shavit, Ari: Mein gelobtes Land. Triumph und Tragödie Israels, München 2015.
- Shlaim, Avi: The Iron Wall: Israel and the Arab World, London: Allen Lane 2000.
- Sternhell, Zeev: The Founding Myths of Israel: Nationalism, Socialism and the Making of the Jewish State, Princeton 1997 (3. Aufl. 1999).
- Swirski, Shlomo: Israel: The Oriental Majority, London/New Jersey: Zed Books 1989.
- Weizman, Eyal: Sperrzonen - Israels Architektur der Besatzung, Edition Nautilus, 2009
- Zuckermann, Moshe: Israels Schicksal, Wien 2014



## Anmerkungen:

[1] In den 1920er Jahren spaltete sich die zionistische Bewegung in Sozialisten und Revisionisten. Eine relativ kleine Gruppe, die zwischen den beiden Fraktionen stand und sich keiner von ihnen anschließen wollte, nannte sich «Allgemeine Zionisten» (Anm. d. Übers.).

[2] Die revisionistischen Zionisten unter Führung von Zeev Jabotinsky waren eine bürgerliche Bewegung, das heißt, sie kamen nicht aus der Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa. Sie unterschieden sich von der zionistischen Arbeiterbewegung hauptsächlich durch ihre Vorstellung des zukünftigen Staates, der das gesamte Territorium des ursprünglichen britischen Mandatsgebiets umfassen sollte, also auch das Gebiet des heutigen Jordaniens, sowie durch ihre Forderung nach einer aggressiveren Haltung gegenüber der britischen Mandatsregierung, die sie auch in Taten umsetzten (Anm. d. Übers.).

[3] Bis 1948 hieß die Stadt Lydda (Anm. d. Übers.).